

## Virtueller Ausbau der Entwicklungshilfe

### Ständerat auf finanziellem Expansionskurs

Die Genehmigung der neuen Rahmenkredite für die Entwicklungszusammenarbeit ist vom Ständerat zum Schluss der ersten Sessionswoche mit einem deutlichen Signal zum Ausbau der Auslandhilfe verknüpft worden. Folgt der Nationalrat diesem Grundsatzentscheid, könnten Mehrausgaben von 800 Millionen Franken resultieren.

rom. Bern, 18. September

Zum Schluss der ersten Sessionswoche hat der Ständerat ein deutliches Zeichen zur Erhöhung der Mittel für die Entwicklungshilfe gesetzt. Geld ist zwar noch keines geflossen, doch der Check liegt ausgefüllt auf dem Tisch. Falls er die Zweitunterschrift des Nationalrats erhält, wird er möglicherweise später eingelöst. Konkret verlangt der Ständerat, dass der Bundesrat nächstes Jahr dem Parlament einen zusätzlichen Rahmenkredit mit dem Ziel unterbreitet, die Mittel für die Entwicklungsländer sukzessive anzuheben, damit sie bis zum Jahr 2015 einen Anteil von 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) erreichen. Gegenwärtig liegt der Anteil bei etwa 0,4 Prozent des BNE. In der Botschaft zum neuen Rahmenkredit hätte der Bundesrat aufzuzeigen, für welche Projekte und in welchen Ländern die zusätzlichen Mittel eingesetzt werden sollen. Konkret geht es um rund 800 Millionen Franken, die zu den vom Parlament genehmigten neuen vierjährigen Rahmenkrediten von 5,3 Milliarden - 300 Millionen mehr als in der auslaufenden Periode - hinzukämen.

«Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg»

Die haushaltspolitischen Bedenken, die am Vortag seitens der Finanzkommission gegen einen Ausbau der Entwicklungshilfe geäußert worden waren, blieben am Donnerstag in der Ständeratsdebatte im Hintergrund. Vielmehr wurde vom Präsidenten der aussenpolitischen Kommission, Dick Marty (Tessin, fdp.), und von anderen Votanten die ethische Notwendigkeit eines zusätzlichen Engagements für die Ärmsten der Welt betont. Von den Befürwortern des vorläufig virtuellen Ausbaus der Entwicklungshilfe sprach die grünliberale Zürcherin Verena Diener das finanzpolitische Dilemma offen an. Wer die Knochenarbeit des Sparens kenne, werde vorsichtig sein mit ungedeckten Versprechen. Ohne Kompensation sei die Aufstockung nicht möglich. Doch, fügte sie bei: «Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.» Auch sie erachtete einen zusätzlichen Akt der Solidarität für notwendig, gerade mit Blick auf die Finanz- und Nahrungsmittelkrise, welche die Ärmsten besonders hart treffe.

«Quer in politischer Landschaft»

Pankraz Freitag (Glarus, fdp.) versuchte es mit einem Kompromiss zwischen Kopf und Herz und wollte die Vorgabe für das Jahr 2015

auf 0,45 statt auf 0,5 Prozent des BNE beschränken. Sein bescheidenerer Antrag wurde jedoch abgelehnt. Ebenso erging es dem vom Aargauer SVP-Ständerat Maximilian Reimann vertretenen Streichungsantrag. Für die SVP liegt der von der Mehrheit der aussenpolitischen Kommission beschlossene und vom Plenum im Verhältnis zwei zu eins genehmigte Auftrag zu einer späteren Aufstockung der Entwicklungshilfe quer in der politischen Landschaft. Ziemlich quer in der von den Nöten der Ärmsten geprägten Debatte lag allerdings auch der Hinweis von This Jenny (Glarus, svp.), er warte noch heute auf ausstehende Bundesgelder für den Hochwasserschutz.

#### Multilateral gegen bilateral

Nichts wissen wollte der Ständerat vom Beschluss der grossen Kammer, die multilaterale Hilfe auf höchstens 40 Prozent des Südhilfekredits zu begrenzen. Im laufenden Jahr liegt diese Quote bei 43 Prozent. Auch hier gibt es ein Dilemma, denn die Mitfinanzierung multilateraler Organisationen verschlingt immer mehr Geld, das dann in den von der Schweiz in Eigenregie finanzierten und kontrollierten Projekten fehlt. Die Berner Sozialdemokratin Simonetta Sommaruga erachtete es zwar als nicht sinnvoll, die multilaterale gegen die bilaterale Hilfe auszuspielen, doch wollte sie mindestens einen weiteren Anstieg der multilateralen Hilfe - etwa in Form von Entschuldungsaktionen - zulasten der bilateralen verhindern. Im Einklang mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey lehnte der Ständerat auch diese flexiblere Auflage ab, denn die Schweiz müsse ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen.